

Antrag

von den Vertretern und Vertreterinnen

von SPD, Bündnis 90 Die Grünen und SSW

im Landtag von Schleswig-Holstein:

Nein heißt Nein- Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung

Der Landtag soll entscheiden:

Jeder soll selbst bestimmen, wie er Sexualität leben will.

Das nennt man sexuelle Selbstbestimmung.

Jeder hat ein Recht auf sexuelle Selbstbestimmung.

Die sexuelle Selbstbestimmung soll geschützt werden.

Niemand darf zu etwas gezwungen werden.

Wenn jemand nein sagt, heißt das nein.

Das Gesetz soll besser werden.

Es muss klar sein:

Man soll sich immer einigen, was man möchte.

Das muss auch beim Sex so sein.

Das muss auch so sein, wenn man jemanden anfasst.



Wer etwas macht, was der andere nicht möchte, soll bestraft werden.

Das soll auch beim Sex so sein.

Zum Beispiel:

Man wird berührt obwohl man das nicht möchte.

Oder man hat nein gesagt, aber das wird nicht ernst genommen.

Und man wird zum Sex gezwungen.

Das soll bestraft werden.

Sie sollen sich dafür einsetzen:

Der Landtag in Schleswig-Holstein.

Er soll das beschließen.

Die Länder Hamburg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz haben schon so entschieden.

Das soll unterstützt werden.

Das wollen:

Simone Lange

und ihre Kolleginnen und Kollegen

von der SPD



Marret Bohn

und ihre Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/ Die Grünen

Jette Waldinger-Thiering

und ihre Kolleginnen und Kollegen von der SSW

Übertragung in Leichte Sprache durch

Lebenshilfe Schleswig Holstein e.V., Büro für Leichte Sprache,

Bärbel Brüning

